



Tägliche Omaha Tribune

PUBLISHED AND DISTRIBUTED UNDER PERMIT (No. 344), AUTHORIZED BY THE ACT OF OCTOBER 3, 1917, ON FILE AT THE POST OFFICE OF OMAHA, NEBR. BY ORDER OF THE PRESIDENT A. S. BURLISON, POSTMASTER-GENERAL

35. Jahrgang.

Omaha, Neb., Donnerstag, den 16. Januar 1919.

8 Seiten.—Nr. 264.

Bremen wird von Bolschewiki regiert

Der Spartakapresident der Republik Oldenburg vom Arbeiter-Soldatenrat gefangen gesetzt; die jüngsten Kämpfe in Berlin

Danks für ruhige Wahlen im besetzten Gebiet

London, 16. Jan.—Eine Kölner Depesche meldet, daß Bremen als eine unabhängige sozialistische Republik ausgerufen worden ist und sich „zu den Prinzipien des Bolschewismus bekennt“. In dieser Depesche heißt es, daß die Proklamation von einem selbst ernannten Diktator ausging, der die Stadt unter Kriegszustand stellte.

Vollstreckungs-Urteilen wurden am Montag aus München, Stuttgart, Regensburg, Elberfeld und Nürnberg gemeldet.

Amsterdam, 16. Jan.—Hier eingelaufene Depeschen besagen, daß der Spartakapresident der Republik Oldenburg vom Arbeiter-Soldatenrat zu Wilhelmshafen gefangen gesetzt worden ist.

Freie Wahl, sagen die Amerikaner. Amerikanisches Hauptquartier in Deutschland, 15. Jan. (Mittels Kuriers nach Nauen.) Amerikanische Beamte haben eine Proklamation in

Federation of Labor erklärt ihr Programm

Washington, 16. Jan.—Die Federation of Labor hat durch ihren Exekutiv-Ausschuß ihr Konstitutionsprogramm veröffentlicht, das nachfolgende Maßnahmen einschließt:

Ein Gesetz, das es zum Verbrechen stempelt, wenn Arbeitgeber sich der Organisierung ihrer Angestellten zu Unions widersetzen.

Keine Lohnerniedrigungen steigend und Erhöhung in einzelnen Fällen.

Gleichen Lohn für Frauen, die dieselbe Arbeit wie Männer verrichten.

Staatsgesetze gegen Kinderarbeit.

Erlaubnis für Regierungs- und andere öffentliche Beamte, sich in Unions zu vereinigen.

Ermutigung zur Bildung von kooperativen Vereinigungen von Farmern, deren Zweck Herabsetzung der Kosten für den Lebensunterhalt durch Ausschaltung der Zwischenhändler ist.

Eine Maßregel, wodurch das Volk direkt oder mit Hilfe vom Kongress in Stand gesetzt wird, Entscheidungen des Bundesobergerichts, wodurch ein Gesetz für unkonstitutionell erklärt wurde, beiseite zu legen.

Solche Gesetze, wenn so wieder hergestellt, sollen gegen die Entscheidung des Obergerichts bindende Kraft haben.

Fortbildung des Publikums in Wohlfahrtsfragen und unabhängige politische Tätigkeit durch Arbeiter, eher als organisierte Partei-Wirkksamkeit.

Prompte Gesetzgebung für Nahrungsmittel und Wasserwege.

Gesetze, die Farmproduzenten den Erwerb von Land und die Stabilisierung von Gehältern auf Staatsländereien erleichtern.

Strengere Gesetze für die Regulierung großer Korporationen.

Aufhebung aller Einschränkungen der freien Rede und freien Presse.

Bessere Vorkämpfungen zu Gunsten von Arbeitern, die in Fabriken verlegt werden.

Verbot aller Einwanderung bis wenigstens 2 Jahre nach Friedensschluß und strikte Regulation später.

Eine progressive Erhöhung der Steuer auf Einkommen, Erbschaften und Grundeigentum.

Weitere Ausbildung der Erziehungsanstalten.

Aufhebung aller Verschönerungs-Agenturen, die des Profits wegen betrieben werden.

Einrichtung von solchen Agenturen, in denen Stadt, Staat und Bundesbeamte zusammenarbeiten und die mit den Unions kooperieren.

Regierungsbüro für die Errichtung von Heimen.

Abkündigung von allem, was wie Militarismus aussieht. Das kleinste lebende Heer, das möglich ist.

Freie Transportation, Nisse zur Erlangung von Stellen, Fortschritt und andere Befolgungen für die Nationen zu Wasser und zu Lande.

Judenverfolgungen in Galizien und Polen

Die Pogroms. — Der Schrecken nationalpolitisch. — Morben und Sengen in Lemberg.

(Aus dem „Berliner Tageblatt“, 29. November.)—Das Mitglied der holländischen ersten Kammer, Polak, hat sich telegraphisch an den britischen Minister Barnes gewandt und gebeten, daß England zugunsten der polnischen und galizischen Juden in Westgalizien interveniere.

Wien, 27. Nov. (B. L. V.)—Nach einer Meldung des „Kurier Nowosti“ empfangt der Kommandant der polnischen Truppen in Lemberg, Brigadier Roda, eine Abordnung der jüdischen Kultusgemeinde und des jüdischen Bürgerklubs, welche ihm die durch uniformierte Banden verurteilte Vernichtung in den Straßen und Privathäusern und die Plünderungen schilderte, welche sich in der Nacht vom Freitag zum Sonnabend sowie am Sonnabend vormittag ereigneten. Brigadier Roda drückte sich Bedauern über die Vorgänge aus und erteilte einen Armeebefehl, worin er strenge Maßregeln zum Schutze der jüdischen Bevölkerung anordnete.

Der Präsident des Zentralkomitees für die Interessen der jüdischen Bevölkerung im Kriegsgebiete Dr. Wilschky Ritter v. Gampers, und Sekretär Siegfried Fleischer haben wegen der Pogrome in Galizien und Kongresspolen bei dem polnischen Generalen Dr. Sabiot und bei dem Vertreter der Krakauer Liquidationskommission, Ritter v. Galeski, Vorstellungen erhoben.

Juden Millionen-Kontribution anferlegt

Wien, 27. Nov.—In Prag soll folgende Kundmachung angeschlagen:

An die Bevölkerung mosaischer Konfession der Stadt Prag. In Anbetracht der allgemein bekannten Tatsache, daß im Kampfe um die Erwerbung der Neutralität nicht eingestanden und auf die stürmenden polnischen Kolonnen geschossen haben, fordere ich die jüdische Gemeinde auf, beim Kreiskommando der polnischen Region zu Prag ein Bürosumme von 3 Millionen Kronen zu hinterlegen. Diese verfallt im Falle von Ausschreitungen der jüdischen Bevölkerung zugunsten der Skafte des polnischen Militärs. Der Betrag muß bis spätestens 21. d. Mts., 12 Uhr mittags hinterlegt werden. Sollte er bis zu diesem Zeitpunkt nicht hinterlegt sein, werde ich meinen Soldaten den Auftrag erteilen, sich den Betrag von 3 Millionen Kronen bei der jüdischen Bevölkerung zu holen.

Kolozjewski, Oberlieutenant und Kommandant (Berliner Tageblatt, 29. Nov.)

Wien, 20. Nov.—Ueber die wirklichen Ursachen der Judenpogrome in Lemberg wird von unterirdischer Seite folgende Erklärung gegeben: Es hat sich in Lemberg nicht um Ausschreitungen einer plündernden Soldateska gehandelt, sondern um einen zielbewußten nationalpolitischen Terrorismus. Die Pogrome wurden in dem Augenblick eingeleitet, wo die Lemberger Judenenschaft durch ihre Vertreter die Erklärung abgab, daß sie sich zum Volentum bekennen. Seit Jahresgehuten wird die Fiktion, daß in ukrainischen Ostgalizien das Städtewesen polnisch sei, dadurch aufrechterhalten, daß die Juden als Polen gezählt werden. Außer den Polen und all dem, was mit ihnen zusammenhängt, ist aber in den ostgalizischen Städten fast nichts polnisch. In den jüngsten Kämpfen zwischen Polen und Ukrainern haben sich die Juden jedoch fast überall in Ostgalizien neutral erklärt. Die polnische Politik sollte ihren Anspruch auf Ostgalizien nicht aufrechterhalten, wenn sie den Juden das Recht und die Neutralität im polnisch-ukrainischen Streit zuerkennen würde. Die Pogrome haben den Zweck, dieses Neutralitätsbekenntnis anzufechten.

Deutschland soll noch mehr herausgeben

Paris, 16. Jan.—Salbamtsch wurde bekannt gemacht, daß Deutschland 458.000 französische Gefangene freigegeben hat, daß aber noch 28.000 in Deutschland verbleiben. Außerdem muß Deutschland noch mehrere Hundert schwere Geschütze und 300 Minenwerfer, von den 5.000 Lokomotiven, die es abgeben muß, hat es bisher 1967 abgeliefert und von den 150.000 Eisenbahnwaggons erst 61.650 abgeliefert hat es fernere 4.422 Lastautomobile von 5.000 und die ganze vereinbarte Zahl Aeroplane, nämlich 1.700.

Bolschewiki aus Wien ausgetrieben

Genf, Schweiz, 16. Jan.—Wien hat eine große Welle russische Bolschewiki ausgetrieben. Es folgte hierin dem Beispiel der französischen und der schweizerischen Behörden. 20 dieser Bolschewiki hatten in Genf unter dem trügerischen Auswahlschild von „Kotex“ Gehilfen ihre Propaganda betrieben. Eine Anzahl österreichischer Offiziere und Kommandanten aus Galizien, welche von Bolschewiki-Juden stark angegriffen worden, wurden verhaftet.

Die Pogrome in Lemberg

(Von Max Reimer, in der „Völkischen Zeitung“, 28. Nov. 1918.)—Der Verfasser der 27. Nov. aus Lemberg in Wien eingetroffene, schreibt uns über die dortigen Ereignisse während der letzten vier Wochen folgenden Bericht:

Nachdem am 31. Oktober das polnische Liquidationskomitee in Krakau den Anschluß Westgaliziens an das Königreich Polen proklamiert hatte, beizien sich die Ukrainer, um einem gleichen Schritt der Polen in Ostgalizien, der geplant war, zuvorzukommen, mit der Proklamation Ostgaliziens als „Westukrainischen Staat.“ In der Nacht zum 1. Nov. besetzten ukrainische Truppen sämtliche öffentlichen Gebäude und Bahnhöfe in Lemberg. Die Besetzung der Stadt ging ohne Störung und Blutvergießen vor sich. Die Ukrainer hatten aber nicht genug Kruppen, um die Stadt auch zu behaupten. Einer Anzahl polnischer Legionäre gelang es durch einen Handstreich, sich zunächst in den Besitz des Hauptbahnhofs zu setzen und dann bis in die Nähe des Zentrums der Stadt vorzudringen, in der das Hauptpostgebäude der am heißesten umstrittenen Punkt wurde. Von da ab war Lemberg von der Außenwelt abgeschnitten. Jeder Bahnverkehr, jede telephonische, telegraphische und briefliche Verbindung hörte auf; von den Vorgängen in der Außenwelt erfuhr man bis zum 22. November nichts, ausgenommen einige kurze Mitteilungen die durch Zuspätsprüche hingenommen waren.

Die Kämpfe in der Stadt dauerten volle drei Wochen. Soweit das Terrain es zuließ, wurden Schützengräben ausgegraben, sonst Barrikaden errichtet. Es entwickelte sich eine regelrechte Front, an der nicht nur mit Gewehren, sondern auch mit Maschinengewehren, Handgranaten, Minenwerfern und Geschützen ein blutiger Kampf geführt wurde, dem auch Zivilpersonen in den entferntesten Teilen der Stadt zum Opfer fielen.

Bei den schwachen Kräften, über die beide Teile verfügten, war die Frage, wer Lemberg besetzen würde, abhängig von den Verstärkungen. Die Ukrainer besaßen aus der Groß-ukraine zwar reichlich Munition, aber nur einige hundert Mann, die Polen erhielten Zuwachs aus der Zivilbevölkerung. Die verlangten Verstärkungen aus Westgalizien und dem Königreich Polen blieben für die erste Zeit aus. Erst nachher ist bekannt geworden, daß über die Frage der Hilfeleistung für Lemberg in Warschau und in Krakau geteilte Meinungen herrschten und daß die Warschauer Regierung sich auf den Standpunkt stellte, daß Ostgalizien eigentlich ukrainisch sei und daß über die besondere Lemberger Frage eine gütliche Einigung zwischen beiden Parteien erfolgen müsse. Lemberg hat zwar zur Hälfte polnische Bevölkerung, die Umgebung aber ist bis zum Saue überwiegend ukrainisch, und auf die Dauer ist eine polnische Herrschaft in Lemberg nicht möglich. Die Ukrainer zeigten sich in den Verhandlungen auch bereit, den Polen eine autonome Selbstverwaltung in Lemberg zuzugestehen und legten eigentlich nur die Forderung der Polen nach einer eigenen polnischen Garnison in Lemberg, als mit der ukrainischen Souveränität unvereinbar, ab. In Warschau fanden jedoch Mitte November große Versammlungen statt, in denen für eine Silekalisierung in Lemberg demonstriert wurde, und die Warschauer Regierung sandte 800 Mann ab. Diese Truppe wurde in Lublin von der Regierung Tolozewski aufgegeben und nicht weitergeschickt. Dagegen kamen den Lemberger Polen aus Krakau mehrere tausend Mann mit Panzerwagen zu Hilfe, ungeachtet am 21. November die Stadt und besetzten nach dem Abzuge der Ukrainer, am 22. November, Lemberg.

Es wäre verständlich gewesen, wenn sich die Rache der Eroberer gegen die Ukrainer gerichtet hätte. Aber die ukrainische Regierung hatte den Polen die Drohung hinterlassen, daß jede Gewalttat gegen Ukrainer in Lemberg an den polnischen Ouberschreibern in Ostgalizien blutig gerächt werden würde. Infolgedessen wagte man nichts gegen die Ukrainer, trotz sie aber um so heftiger gegen die wehrlosen Juden aus.

Kaum waren die Legionäre in der Stadt, da begann auch schon die Plünderung von jüdischen Geschäften, von Passanten auf offener Straße. Unachtsam trugen die bewaffneten Plünderer die erbeuteten Gegenstände am hellen Tage in ihre

Behandlungen hinter geschlossenen Türen

Zu diesem Entschluß ist die Majorität der Delegaten der Großmächte gekommen; Amerika und England stimmten dagegen

Neue Waffenstillstandsbedingungen sind schwer

Paris, 16. Jan.—Es wurde bekannt gegeben, daß die Vertreter der fünf Großmächte sich geeinigt haben, die Verhandlungen der Hauptfriedenskonferenz geheim zu halten. Alles, was bekannt gegeben werden darf wird durch ein offizielles Organ mitgeteilt werden. Es heißt, daß die amerikanischen und britischen Delegaten dieser Entscheidung opponierten, wurden jedoch durch die Delegaten Frankreichs, Italiens und Japans überstimmt. Britische und amerikanische Korrespondenten haben wegen dieses Beschlusses sofort bei Lord George Probst erhoben. Dasselbe taten die amerikanischen Korrespondenten, die sich hundert an der Zahl in Paris befinden. Sie erinnerten den Präsidenten daran, daß in einem seiner vierzehn Punkte öffentliche Verhandlungen bestanden wird. Man glaubt, daß der Präsident diese Frage nochmals in der heutigen Konferenz zur Sprache bringen wird.

35 für Prohibition, 36 Staaten nötig

Gesetz würde ein Jahr nach seiner endgültigen Annahme in Kraft treten.

Washington, 16. Jan.—Die Legislaturen von 35 Staaten haben das Amendement zur Konstitution, das Prohibition obligatorisch macht, ratifiziert. Es bedarf nur eines Staates mehr, um dieses Amendement zur Tatsache zu machen.

Verschiedene Legislaturen, die jetzt verammelt sind, werden heute oder morgen zur Abstimmung schreiben, und es scheint, als ob Nebraska, Missouri und Minnesota sich den Rat freitig machen, welcher Staat der 36. sein wird.

Fünf Staaten — Iowa, Colorado, Oregon, New Hampshire und Utah — haben gestern angenommen. Das macht 12 Staaten in 2 Tagen.

Von den 35, die den Beschluß zur Annahme gefaßt haben, haben nur vierzehn dem Bundesstaatsdepartement eine Beglaubigung ihres Beschlusses eingesandt — nämlich Virginia, Kentucky, Nord Dakota, Süd Carolina, Maryland, Süd Dakota, Texas, Montana, Delaware, Massachusetts, Arizona, Georgia, Louisiana und Michigan.

Das Amendement wird ein Jahr nach seiner endgültigen Annahme Gesetz, doch bedarf es weiterer Gesetzgebung durch den Kongress, ehe es wirksam wird. Die Vorarbeiten für diese Gesetzgebung sind bereits vollendet. Sie wird Strafen für Zuwiderhandlungen festsetzen und bestimmen, wer über die Ausführung wachen soll.

Sollte die Ratifizierung noch im Januar beendet werden, so würde das ganze Land am 1. Juli „troden“ werden, da an diesem Tage die vom Kongress beschlossene Kriegs-Prohibition ihren Anfang nimmt.

Dieses Gesetz verleiht die Herstellung und den Verkauf von berauschenden Getränken und tritt erst mit dem Abschluß der Aufrüstung aller Truppen außer Kraft.

Die Hilfe der Gerichte gegen das Amendement ist bereits angerufen worden und soll, wie man hört, noch weiter angerufen werden, wo die Staatsgesetze verlangen, daß ein Amendement zur Konstitution nur durch ein Referendum entschieden werden kann.

Republik Luxemburg dauerte nicht lange

Genf, 16. Jan.—Ueber die Revolution in Luxemburg wird des Weiteren gemeldet:

Die Revolutionäre in Luxemburg drangen am Freitag, nach hier eingelaufenen Berichten, in den Palast und forderten von der Großherzogin, daß sie abdankte. Sie weigerte sich dessen, da die Volksvertretung sie nicht darum ersucht habe, und man gab ihr dann 24 Stunden Zeit, um die Stadt zu verlassen, verbot ihr aber, etwas außer persönlichen Effekten mitzunehmen. Sie willigte ein, auf ihr Schloß vor der Stadt überzugehen. Inzwischen tritten sich die Abgeordneten in der Kammer, weil die Großherzogin feierlich Kaiser Wilhelm II. den Kronsträngen empfing und ihre Zustimmung zur Verleihung ihrer Schloßer mit Kronprinz Rupprecht von Bayern gegeben hatte; die zumest aus Alerikalen bestehende Rinderheit, welche zur Verfügung hält, verließ dann zum Protest den Saal. Dann hat der Ausschuss für öffentliche Gesundheit (?) die Republik ausgerufen, diese dauerte aber nur sechs Stunden. Französisches Militär stellte die Ordnung wieder her.

Brasilien Präsident gestorben

Rio de Janeiro, 16. Jan.—Rodrigues Alves, der letzte Wahl zum Präsidenten erwählt, der aber krankheitsbedingt sein Amt nie angetreten hat, ist heute gestorben.

Kaum waren die Legionäre in der Stadt, da begann auch schon die Plünderung von jüdischen Geschäften, von Passanten auf offener Straße. Unachtsam trugen die bewaffneten Plünderer die erbeuteten Gegenstände am hellen Tage in ihre

Behandlungen hinter geschlossenen Türen

Zu diesem Entschluß ist die Majorität der Delegaten der Großmächte gekommen; Amerika und England stimmten dagegen

Neue Waffenstillstandsbedingungen sind schwer

Außer den Delegaten selbst weiß niemand etwas über die Diskussion, die dem Beschluß vorausging, die Verhandlungen geheim zu halten. Die Delegaten dürfen hierüber kein Wort weiter lassen. Auch Lord George darf sich, wie er es bisher stets getan, britischen Korrespondenten gegenüber über die stattgehabten Verhandlungen, die zu diesem Entschluß führten, nicht äußern. Staatssekretär Lansing hat sich dahin geäußert, daß nur die anfänglichen Verhandlungen geheim gehalten werden sollen; find dieselben jedoch weiter vorgeschritten, dann mögen die Verhandlungen öffentlich geführt werden.

Der Präsident bei seinen Beratern. Der Präsident freite gestern Abend mit Bernard Baruch, dem Haupte der Kriegsindustrie-Behörde; Herbert C. Hoover, einem der amerikanischen Vertreter bei dem internationalen Rat, welcher Europa mit Nahrungsmitteln versorgt; General Tasker H. Bliss, dem militärischen Mitgliede der amerikanischen Friedens-Kommission; Edward N. Hurley, dem Vorsitzenden der amerikanischen Schiffsbehörde, u. Rance McCormick, dem Haupte der Kriegshandelsbehörde. Die früheren Besprechungen wurden ergänzt durch einen Ueberblick über die folgenden Fragen:

35 für Prohibition, 36 Staaten nötig

Gesetz würde ein Jahr nach seiner endgültigen Annahme in Kraft treten.

Washington, 16. Jan.—Die Legislaturen von 35 Staaten haben das Amendement zur Konstitution, das Prohibition obligatorisch macht, ratifiziert. Es bedarf nur eines Staates mehr, um dieses Amendement zur Tatsache zu machen.

Verschiedene Legislaturen, die jetzt verammelt sind, werden heute oder morgen zur Abstimmung schreiben, und es scheint, als ob Nebraska, Missouri und Minnesota sich den Rat freitig machen, welcher Staat der 36. sein wird.

Fünf Staaten — Iowa, Colorado, Oregon, New Hampshire und Utah — haben gestern angenommen. Das macht 12 Staaten in 2 Tagen.

Von den 35, die den Beschluß zur Annahme gefaßt haben, haben nur vierzehn dem Bundesstaatsdepartement eine Beglaubigung ihres Beschlusses eingesandt — nämlich Virginia, Kentucky, Nord Dakota, Süd Carolina, Maryland, Süd Dakota, Texas, Montana, Delaware, Massachusetts, Arizona, Georgia, Louisiana und Michigan.

Das Amendement wird ein Jahr nach seiner endgültigen Annahme Gesetz, doch bedarf es weiterer Gesetzgebung durch den Kongress, ehe es wirksam wird. Die Vorarbeiten für diese Gesetzgebung sind bereits vollendet. Sie wird Strafen für Zuwiderhandlungen festsetzen und bestimmen, wer über die Ausführung wachen soll.

Sollte die Ratifizierung noch im Januar beendet werden, so würde das ganze Land am 1. Juli „troden“ werden, da an diesem Tage die vom Kongress beschlossene Kriegs-Prohibition ihren Anfang nimmt.

Dieses Gesetz verleiht die Herstellung und den Verkauf von berauschenden Getränken und tritt erst mit dem Abschluß der Aufrüstung aller Truppen außer Kraft.

Die Hilfe der Gerichte gegen das Amendement ist bereits angerufen worden und soll, wie man hört, noch weiter angerufen werden, wo die Staatsgesetze verlangen, daß ein Amendement zur Konstitution nur durch ein Referendum entschieden werden kann.

Republik Luxemburg dauerte nicht lange

Genf, 16. Jan.—Ueber die Revolution in Luxemburg wird des Weiteren gemeldet:

Die Revolutionäre in Luxemburg drangen am Freitag, nach hier eingelaufenen Berichten, in den Palast und forderten von der Großherzogin, daß sie abdankte. Sie weigerte sich dessen, da die Volksvertretung sie nicht darum ersucht habe, und man gab ihr dann 24 Stunden Zeit, um die Stadt zu verlassen, verbot ihr aber, etwas außer persönlichen Effekten mitzunehmen. Sie willigte ein, auf ihr Schloß vor der Stadt überzugehen. Inzwischen tritten sich die Abgeordneten in der Kammer, weil die Großherzogin feierlich Kaiser Wilhelm II. den Kronsträngen empfing und ihre Zustimmung zur Verleihung ihrer Schloßer mit Kronprinz Rupprecht von Bayern gegeben hatte; die zumest aus Alerikalen bestehende Rinderheit, welche zur Verfügung hält, verließ dann zum Protest den Saal. Dann hat der Ausschuss für öffentliche Gesundheit (?) die Republik ausgerufen, diese dauerte aber nur sechs Stunden. Französisches Militär stellte die Ordnung wieder her.

Brasilien Präsident gestorben

Rio de Janeiro, 16. Jan.—Rodrigues Alves, der letzte Wahl zum Präsidenten erwählt, der aber krankheitsbedingt sein Amt nie angetreten hat, ist heute gestorben.

Kaum waren die Legionäre in der Stadt, da begann auch schon die Plünderung von jüdischen Geschäften, von Passanten auf offener Straße. Unachtsam trugen die bewaffneten Plünderer die erbeuteten Gegenstände am hellen Tage in ihre

60 Tage Frist für die Anti-Suffragisten

Lincoln, 16. Jan.—Richter Mansbury vom Lancaster Distriktgericht hat entschieden, daß die Petition, die die Suffragisten eingereicht und das Beweismaterial, das sie ihrer Petition beigelegt hatten, ausreichend sei. Er bestimmte für die Gegner der Petition 60 Tage, binnen denen sie ihre Gründe für ein Referendum als zwingend darzulegen haben.

Wetterbericht.

Für Omaha und Umgegend, den Staat Nebraska und Iowa: Schön heute abend und Freitag; etwas kalter heute abend.